

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Georg Winter

Abg. Dr. Markus Bächler

Abg. Sebastian Körber

Abg. Bernhard Pohl

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Harald Güller

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Sandro Kirchner

Staatsministerin Kerstin Schreyer

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

## **Haushaltsplan 2021**

### **Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr**

hierzu:

**Interfraktionelle Änderungsanträge** von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13737 mit 18/13741 sowie 18/14457)

**Änderungsanträge** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13343 mit 18/13371)

**Änderungsanträge** der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13651 mit 18/13661)

**Änderungsanträge** von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13599 mit 18/13607)

**Änderungsanträge** der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13244 mit 18/13276)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/13604 namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne hiermit die Aussprache. – Erster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Georg Winter. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Georg Winter (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir beraten den Etat unseres noch immer jungen Ministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. An dieser Stelle, Frau Staatsministerin, herzlichen Glückwunsch zum einjährigen Jubiläum im neuen Haus und weiterhin viel Erfolg bei den zahlreichen interessanten und wichtigen Herausforderungen in Ihrem anspruchsvollen Ressort!

Eine Reform, die sich in diesem Etat niederschlägt, ist der Verlust der Zuständigkeit für die Autobahnen. Damit geht ein Stück Mitspracherecht für Bayern verloren. Zu hoffen

bleibt nur, dass sich die neue Organisationsform positiv entwickelt und dass die Abläufe nicht zu mehr Bürokratie und weniger Flexibilität führen.

Trotz des Wegfalls der Autobahnen hat der Etat eine Steigerung von 7,6 % oder 309 Millionen Euro erfahren. Der Zuständigkeitsverlust bedeutet 100 Millionen Euro im Bereich Autobahn, der hier zunächst zu einer Reduzierung geführt hätte. Insgesamt umfasst der Etat 4,36 Milliarden Euro; das kann sich sehen lassen. Wo fließen diese zusätzlichen rund 400 Millionen Euro hin? – 280 Millionen Euro mehr Landesmittel gehen in die Wohnraumförderung. Wir haben dieses Jahr auch den höchsten bayerischen Bewilligungsrahmen, was die Landesmittel anbetrifft, nämlich 848 Millionen Euro insgesamt mit allen anderen Bereichen. Wir stocken die BayernHeim GmbH mit 150 Millionen Euro auf; Ziel ist hier, einmal eine halbe Milliarde Euro anzulegen. Wir haben eine weitere Steigerung bei der Städtebauförderung hinsichtlich der Abfinanzierung, nämlich 100 Millionen Euro Cash, um unsere Verpflichtungen zu erfüllen, damit die Kommunen rechtzeitig ihr Geld bekommen. Wir geben mehr Geld im Bereich des ÖPNV und des SPNV aus; zum einen 44,4 Millionen Euro für neue Tarifstrukturen und weitere 50 Millionen Euro für das 365-Euro-Ticket.

Natürlich gibt es viele andere Herausforderungen im Ressort Wohnen, Bau und Verkehr. Hier möchte ich das Stichwort "Barrierefreiheit in Bayern" aufgreifen. In der Regierungserklärung 2013 wurde ein wichtiges Ziel, die Barrierefreiheit, für die Mitbürgerinnen und Mitbürger gesetzt. Hier haben wir wirklich noch Nachholbedarf. Da gibt es noch viel zu tun. Erfreulich ist, dass jetzt im Laufe der nächsten Jahre mit dem jüngsten Programm des Bundes in der Kategorie bis 1.000 Pendler 25 Projekte in Bayern barrierefrei werden. Es kommen weitere 13 Projekte hinzu, bei denen die Bahnhöfe umgestaltet werden. Für viele ist damit auch Barrierefreiheit verbunden.

In der Kategorie der 1.000 bis 4.000 Ein- und Aussteiger kamen nur zwei Projekte in Bayern zum Zuge; das ist nicht zufriedenstellend. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen kennen das. Das ist zu wenig und maximal nur der berüchtigte Tropfen auf den heißen Stein. Das kann nicht richtig sein. Man muss wissen, dass genau diese

Kategorie der 1.000 bis 4.000 Ein- und Aussteiger unsere Mobilitätsdreh Scheiben im ländlichen Raum darstellen und damit eine ganz wichtige Bündelungsfunktion haben. Deswegen, Frau Ministerin, an dieser Stelle herzlichen Dank dafür, dass Sie beim Bundesverkehrsminister bereits nachgehakt und darauf aufmerksam gemacht haben, dass Ihnen das Tempo hier viel zu langsam ist. Danke, dass Sie auch die DB auffordern, im Rahmen ihrer vielen Budgets und Programme nach Alternativen zu suchen. Das ist richtig.

Von meiner Seite möchte ich noch darauf hinweisen, dass es jetzt entscheidend wäre, das Baurecht weiterzubetreiben, denn es könnte sein, dass wir ab Herbst auf die Idee kommen, in Deutschland doch noch mehr für Barrierefreiheit zu tun und in die Bahninfrastruktur zu investieren. Dann fehlt, wie so oft, das Baurecht. Dieses braucht Zeit und Geld. Wir haben hier positive Beispiele bei den Bundesfernstraßen. Wir hatten dort immer mehr Baurecht, und am Jahresende hieß es dann, die anderen Länder können das Geld nicht umsetzen. Wir konnten dann vorleisten und mehr Geld abrechnen. Deswegen lautet die Bitte, der Bundesverkehrsminister möge dafür sorgen, dass zumindest die Planungen bei diesen zehn Projekten weiterlaufen, damit wir mehr Baurecht schalten und dann auch mehr Geld in die Bahn investieren können. Das wäre hier die konkrete Anregung.

Wir haben ein paar erfreuliche Akzente im Bereich der Radwege setzen können. Meinen Dank auch der Opposition an dieser Stelle! Alle Anregungen der CSU wurden natürlich mit dem Koalitionspartner, den FREIEN WÄHLERN, aber auch mit der Zustimmung der Opposition einstimmig beschlossen. In einzelnen Stichworten: Die Kombination von Radwegen mit Wirtschaftswegen hat zur Folge, dass wir Flächen sparen, hat aber auch zur Folge, dass wir die Breite herstellen müssen, um diese Mehrfachnutzung zu gewährleisten. Andererseits wissen die Insider, dass die Nachfrage auf den Radwegen – ob das E-Biker, Rennradfahrer, Lastenradfahrer oder Pendler sind – mittlerweile erfordert, dass man mehr als 2,50 Meter benötigt.

Die Radschnellwege haben wir vor ein paar Jahren in das Sonderbaulastprogramm aufgenommen. In den Richtlinien heißt es aber, Radschnellwege könnten angelegt werden, wenn ein Potential von mindestens 2.000 Fahrradfahrern pro Tag besteht. Das taugt maximal für München und Nürnberg, aber nicht für das übrige Bayern und nicht für unseren ländlichen Raum.

(Unruhe)

Deswegen lautet die Bitte an die Staatsregierung, die Richtlinie zu ändern und die "2.000" zu streichen. Wenn wir die Lücke zwischen 2,5 bis 4 Meter schließen können, dann sparen wir auch Flächen und machen nicht alle Wege 4 Meter breit, nur um die Förderung zu bekommen.

Ein Drittes betrifft die Kreuzungen. Wenn diese im Bereich von Schulen, Kindergärten oder anderswo liegen, haben wir durch unsere Beschlussfassung klargestellt, dass Kommunen hier eigenständig handeln können und somit die Möglichkeit haben, Verbesserungen umzusetzen, ohne auf andere Baulastträger warten zu müssen. Auch dafür haben wir die Voraussetzungen geschaffen.

Zum Abschluss sage ich den Kollegen Jürgen Baumgärtner, Josef Zellmeier, den beiden Vorsitzenden, den Referenten für die Mitwirkung und natürlich auch Frau Staatsministerin Schreyer und ihrem Haus, das immer für Anregungen offen ist und unterstützt, herzlichen Dank. Das gilt auch für den Herrn Finanzminister und seinem Haus; er ist im Moment nicht da, aber ich lobe ihn auch in Abwesenheit. Das wird ihm sicherlich übermittelt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Dr. Markus Bächler. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Dr. Markus Bächler (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Klimareport hat vor Kurzem gezeigt, dass wir uns, wenn wir so weitermachen wie bisher, zum Ende dieses Jahrhunderts in Bayern auf plus 4,8°C einstellen müssen, meine Damen und Herren. Eine Katastrophe für Mensch und Natur! Ende des Jahrhunderts hört sich vielleicht weit weg an, aber die Menschen, die heute geboren werden, werden das zum Großteil und mit hoher Wahrscheinlichkeit noch erleben. Wir tragen die Verantwortung dafür, wie unsere Kinder und Enkel am Ende des Jahrhunderts leben werden.

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß muss schnell sinken, wenn wir das 1,5-Grad-Ziel, zu dem wir uns in Paris verpflichtet haben, erreichen wollen. Beim Sorgenkind Verkehr sinkt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß jedoch nicht; er steigt sogar weiter an. Hier besteht der dringendste Handlungsbedarf darin, dass wir unsere Mobilität schnell klimaneutral organisieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Blick auf Ihren Staatshaushalt sieht man, dass die Staatsregierung die Herausforderungen unserer Zeit offensichtlich nicht erkannt hat. Vor zwanzig Jahren hätte man die kleinen Verbesserungen, die Sie beim ÖPNV machen, wie zum Beispiel günstigere Tickets oder etwas mehr ÖPNV-Mittel, vielleicht noch als Fortschritt durchgehen lassen können, aber heute reicht das nicht. Angesichts der rasanten Klimaveränderung brauchen wir heutzutage dringend sehr viel mehr Tempo und mehr Einsatz für die Verkehrswende. – Frau Ministerin, wenn ich höre, dass Sie im Haushaltsausschuss ziemlich dreist sagen, Sie wollten eigentlich gar keine Mobilitätswende, weil Sie den Leuten nicht vorschreiben wollten, wie sie sich fortbewegen sollen, dann komme ich zu dem Schluss, dass Sie offensichtlich noch nicht ganz verstanden haben, worum es in dieser Debatte überhaupt geht. Es ist doch Ihre starrsinnige CSU-Autopolitik, die die Menschen momentan in weiten Teilen des Landes zum Autofahren nötigt, weil Sie keinen Plan und keine Idee haben, wie vernünftige Alternativen aussehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Seit sechzehn Jahren warten wir auf den gesetzlich vorgeschriebenen Schienennahverkehrsplan. Seit fast zwanzig Jahren warten wir auf den Gesamtverkehrsplan, der ebenfalls gesetzlich vorgeschrieben ist und eigentlich alle zwei Jahre aktualisiert werden muss. Aus solchen Plänen würde sich zum Beispiel ableiten, was man tun muss, um im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land die Verkehrsinfrastruktur auf Vordermann zu bringen, zum Beispiel beim rostigen Schienennetz, damit Sie den Bayerntakt, den Sie bewerben, auch wirklich einmal im ganzen Land fahren und den Studentakt, den Sie versprechen, auch infrastrukturell überhaupt darstellen können. Am besten wird das auch noch mit elektrischem Strom anstatt Diesel betrieben. Das ist ebenso wie die Reaktivierung und das Einbeziehen aufgelassener Nebenstrecken ein wichtiges Thema. Der Bund hat für all diese Sachen sehr viel Geld bereitgestellt, aber der Staatsregierung fehlt es an Plänen und Konzepten, sodass wir Mittel gar nicht abrufen können, wie zum Beispiel bei den aufgewachsenen GVFG-Mitteln.

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur um Klimaschutz bei der Verkehrswende, sondern darum, dass immer mehr Menschen in der Stadt und erst recht auf dem Land Alternativen zum Auto wollen. Sie wollen es nicht mehr hinnehmen, dass Sie sie mit Ihrer einseitigen Straßenbaupolitik ins Auto zwingen. Immer mehr Leute wollen endlich Alternativen, wollen Bus und Bahn mit attraktiven Takten zu günstigen Preisen und ein sicheres und bequemes Radwegenetz, so wie es in anderen Bundesländern oder anderen Staaten entwickelt wird.

(Unruhe)

Deswegen schreiben wir nichts vor. Aber Sie schränken die Wahlfreiheit der Menschen ein, indem Sie den Straßenbau einseitig vorantreiben und Menschen ohne Auto im Regen stehen lassen. Wir jedenfalls wollen, dass die Menschen bequem zwischen Auto, zuverlässigen Öffis und sicherem Radl wählen können und dass alle Menschen

gut vorankommen, nicht nur die Hälfte der Bevölkerung, die ein Auto und einen Führerschein hat.

Mit unseren Änderungsanträgen können Sie die richtigen Zeichen setzen und für Klimaschutz und Verkehrswende die richtigen Hebel in Bewegung setzen. Stimmen Sie diesem zu, dann geht es vorwärts bei Klimaschutz und Verkehrswende!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, es liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Sebastian Körber von der FDP-Fraktion vor. Bitte, Herr Kollege Körber.

**Sebastian Körber (FDP):** Herr Kollege Bächler, das veranlasst mich jetzt schon mal zu einer Nachfrage, wenn Sie sich so gegen das Auto stellen und sagen, man muss da bessere Lösungen anbieten.

Bayern ist ja ein sehr großes Flächenland. Jetzt kann man das aus München heraus mit dem doch sehr guten öffentlichen Personennahverkehr sicherlich anders sehen, aber was machen wir denn im ländlichen Raum, zum Beispiel bei mir in Oberfranken, im Landkreis Wunsiedel? Da gibt es leider nicht so viele ICE-Bahnhöfe. Die Busse des ÖPNV – zumindest die Busse, die ich kenne – fahren bei uns in Oberfranken auf der Straße. Ich habe noch nicht genau verstanden, wie wir das Problem lösen können oder den Herausforderungen nach grüner Philosophie gerecht werden können.

Im ländlichen Raum fahren fast zwei Drittel aller Menschen ausschließlich mit dem Auto. Wie lösen wir das denn? Der Radanteil ist dort unter 10 %. Was sind Ihre konkreten Lösungsvorschläge für den ÖPNV im ländlichen Raum?

**Dr. Markus Bächler (GRÜNE):** Wir lösen das durch ein sehr gutes Angebot der Bahn in der Fläche, zum Beispiel auch auf wieder reaktivierten Nebenstrecken, plus ein –

(Unruhe)

– wollen Sie es wissen, oder wollen Sie es nicht wissen? Hören Sie halt zu, dann erfahren Sie, wie das funktioniert! – gutes Busnetz in der ganzen Fläche mit einem Stundentakt von in der Früh bis in die Nacht. In sehr dünn besiedelten Gebieten lässt sich mit modern und digital vernetzten On-Demand-Rufbussen und Ruftaxi-Systemen hervorragend eine flächendeckende Erschließung gewährleisten. Sie brauchen bloß in die Schweiz schauen, wie das funktioniert.

(Lachen)

– Da brauchen Sie nicht zu lachen! – Wie das zu machen ist, ist längst klar. Es fehlt allerdings an den Mitteln, die Sie im Straßenbau verbuddeln.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Büchler, habe ich da das Wort Lufttaxi gehört? Das wäre ja etwas ganz Neues. Da müsste ich Sie ja direkt loben. Ansonsten habe ich vernommen, dass Sie für die GRÜNEN wieder einmal dokumentiert haben, eine Ein-Thema-Partei zu sein. Aber nicht einmal dieses eine Thema Klimaschutz haben Sie richtig drauf, denn Sie wollen dieses Thema im Verkehr mit Verbot und Verzicht lösen.

Jetzt kann man sagen: Verbot und Verzicht sind sehr edel. Aber das ist eine ganz gefährliche Sackgasse. Wir lösen dieses Problem im Wirtschaftsministerium durch CO<sub>2</sub>-neutrale Antriebe. Das ist der richtige Weg. Herr Kollege Dr. Büchler, ich sage Ihnen eines: Ein moderner Verbrennungsmotor hat allemal eine bessere CO<sub>2</sub>-Bilanz als das Fortbewegen mit einem Ochsenkarren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Verkehr ist in der Tat – Herr Körber, da muss ich Ihnen uneingeschränkt recht geben – in einem Flächenland wie Bayern eine zentrale Frage der Infrastruktur, eine zentrale Frage der Herstellung gleichwertiger Le-

bensverhältnisse. Das ist eine wesentliche Zielsetzung dieser Koalition. Ich freue mich, dass Sie ebenso dieser Zielsetzung anhängen. Bei den GRÜNEN habe ich das so nicht vernommen.

Ich komme zu einem weiteren Thema, bei dem sich die GRÜNEN demaskieren, zumal in einem Wahljahr. Ich komme zum Wohnungsbau. Wir wissen: Wohnen ist nicht erst seit gestern, sondern seit vielen Jahren die entscheidende soziale Frage in Deutschland, aber insbesondere auch in Bayern, einem Land, das von Zuzug geprägt ist. Selbstverständlich ist es die Aufgabe der Politik, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, und zwar nicht mit irgendwelchen sozialistischen Enteignungsphantasien, wie sie in Berlin betrieben werden, sondern mit mehr Wohnungsbau. Ich freue mich, dass diese Koalition unter anderem in die Eigenheimzulage investiert.

Die Eigenheimzulage ist ein Instrument zur Schaffung von mehr Wohnraum und Eigentum für breite Bevölkerungsschichten. Hier verhelfen wir den Familien dazu, dass sie sich Eigenheime schaffen können. Wann läuft das aus? – Wir können es aktuell nicht weiter verlängern, aber ich nehme die Anregung gerne an. Wir werden es diskutieren, ob wir es bei besserer Haushaltslage – momentan haben wir natürlich mit Corona zu kämpfen – auch irgendwann einmal wieder auflegen.

Wir haben aber als Koalition dafür gesorgt, dass alle Anträge, die innerhalb der Frist bis 31. Dezember des letzten Jahres eingegangen sind, auch tatsächlich berücksichtigt werden. Wir hätten das nicht gewusst. Rechtlich gab es keinen Anspruch darauf. Aber wir haben gesagt: Wir halten selbstverständlich Wort, und wir wollen dieses Programm gut zu Ende führen, auch wenn es einen Betrag von 115 Millionen Euro zusätzlich kostet. Das war es uns wert, das ist es uns wert; denn Wohnungsbau hat bei uns einen ganz hohen Stellenwert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich meine einen Wohnungsbau, der menschengerecht ist und nicht ideologisch verbrämt, wie die Vorstellung von Herrn Hofreiter, der das Eigenheim verbieten will. Ich

muss schon sagen: Ich war nach der Wende ein halbes Jahr im Innenministerium von Thüringen. Ich habe damals die wunderhübschen Plattenbauten mit 18 Stockwerken in der Rigaer Straße in Erfurt, in Suhl und überall gesehen. Das ist eine "wunderbare Art zu wohnen". Nein, wir wollen das nicht, und trotzdem haben wir uns dem Flächensparen verschrieben.

Wir, das Bauministerium mit der Bauministerin und die gesamte Staatsregierung, finden intelligente Lösungen. Ich sage auch, weil hier Thorsten Glauber sitzt: Auch er hat Kompetenz, und selbstverständlich wird hier auch ressortübergreifend gearbeitet, denn die Mitglieder dieser Staatsregierung arbeiten gut und vertrauensvoll zum Wohle des Freistaats Bayern zusammen. Da werden die Kompetenzen gebündelt. Da gibt es keine Eifersüchteleien. Da wird gut gearbeitet, und da geht auch etwas voran.

Ich schaue jetzt wieder in die Reihen der GRÜNEN. Ich möchte durchaus konzедieren, dass es auch einen Vorteil hat, wenn man eine Ein-Thema-Partei ist; denn man wird dadurch sichtbarer. Wenn man aber irgendwann einmal Regierungsverantwortung übernehmen möchte – und davon träumen Sie ja permanent –, dann muss man die Probleme des ganzen Landes lösen und darf sich nicht nur auf ein ideologisches Thema fokussieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist gut, dass die Kompetenzen für Bauen, Wohnen und Verkehr einem einzigen Ministerium zugeordnet worden sind; denn diese Zukunftsaufgaben sind zu lösen.

Weil hier das Thema Schiene angesprochen wurde, sage ich: Ja, selbstverständlich werden wir beim Thema Barrierefreiheit einen Schritt weiterkommen, obwohl das ein Bundesthema ist. Das muss man auch einmal deutlich sagen. Eigentlich hätte es der Bund zu lösen. Aber wir krempeln die Ärmel hoch. Wir leisten hier Kofinanzierung. Wir haben das auch in der Vergangenheit mit Bayernpakt I und II schon getan. Wir werden auch versuchen, im nächsten Haushalt bei der Reaktivierung von Bahnen in der Region ein Stück weiterzukommen; denn auch das ist ein Teil eines vernünftigen Ver-

kehrskonzepts. Ich weiß, dass auch andere Fraktionen Sympathien dafür haben. Das wird man ein Stück weit auch interfraktionell angehen können. Ich hoffe, dass die entsprechenden Mittel im nächsten Haushalt zu verankern sind. Ich denke, insgesamt sind wir gut aufgestellt. Die Ministerin hat einen guten Haushalt vorgestellt, der unsere Zustimmung verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Sebastian Körber für die FDP-Fraktion vor. – Bitte, Herr Kollege.

**Sebastian Körber (FDP):** Herr Kollege Pohl, Sie haben die GRÜNEN als eine Ein-Thema-Partei bezeichnet. Mich würde interessieren, für welches Thema aus diesem Ressort die FREIEN WÄHLER stehen. Bisher habe ich nämlich noch kein einziges Thema identifiziert. Vielleicht können Sie mir helfen?

Bleiben wir beim Thema Unterstützung für Wohnungseigentumsbildung. Sie haben gesagt, die Eigenheimzulage, dabei reden Sie von der bayerischen, ist sozusagen eine Aufstockung des Eigenkapitals. Die finden Sie eine gute Sache, aber die läuft aus. Was tun Sie denn jetzt, damit das Bauen günstiger wird, damit die Menschen Wohneigentum bilden können? Kommen Sie jetzt nicht mit dem Baukindergeld, das kann nicht jeder beantragen. Was machen Sie denn? Was ist denn das Thema der FREIEN WÄHLER, damit die Menschen in Bayern Wohneigentum bilden können, vielleicht sogar im ländlichen Raum? Was machen Sie denn da konkret?

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Lieber Herr Kollege Körber, Sie brauchen mir keine Antwort vorzugeben. Das Baukindergeld hätte ich gar nicht genannt. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns, seit wir im Bayerischen Landtag sind, ganz zentral dafür ein, dass Bayern in der Fläche gestärkt wird, dass wir die Regionen stärken. Das heißt natürlich auch, wenn wir Wirtschaft und Infrastruktur in die Regionen bringen, dann wird das Land entzerrt, dann wächst der Schmelztiegel München etwas weniger stark, weil

die Regionen stärker sind. Nachdem Sie aus Oberfranken kommen: Es ist noch gar nicht so lange her, da hat die Stadt Selb intensiv darüber nachgedacht, Gebäude zurückzubauen, weil sie ständig von der Schrumpfung bedroht war. Wir bringen die Menschen in die Fläche, und das allein führt dazu, dass Preise sinken, dass das Wohnen erträglicher, billiger, kostengünstiger und trotzdem attraktiv wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Winter hat die Zahlen im Wesentlichen genannt. Uns, der AfD, kommt die Wohnraum- und die Studentenwohnraumförderung zu kurz. Auch die Städtebauförderung ist gekürzt worden, was wir nicht verstehen und was wir auch nicht gut finden. Die Ausgaben für den ÖPNV sind gesteigert worden, das finden wir gut. Schienenpersonennahverkehr: 1,455 Milliarden Euro, da sind wir auch dabei.

Kommen wir zu den Aussagen meiner Kollegen vorhin, speziell zur Aussage von Herrn Kollegen Büchler und zu seinem Vorwurf an Frau Ministerin Schreyer. Das wirkt zwar jetzt etwas komisch, wenn ich sie als Vertreter der AfD-Fraktion verteidige, aber nachdem Sie die Mobilitätswende anprangern: Ja, ich glaube, die meisten bürgerlichen Parteien hier wollen einen ausgewogenen Individualverkehr. Die AfD setzt sich besonders dafür ein, weil der Individualverkehr auf dem Land eine besondere Bedeutung hat. Das Land draußen darf nicht abgehängt werden. Diese Systeme geben vor, dass heute alles ganz leicht über Schiene, Bus oder durch intelligente Lösungen funktionieren soll. Wir haben aber genügend ältere Personen, die nicht abgehängt werden dürfen. Der Verbrennermotor, den Sie vorhin gegeißelt haben, ist genau andersherum zu sehen: Es gibt nämlich intelligente Lösungen für die modernste Dieselselbsttechnik. Wir

sind absolut gegen die neuen Forderungen der EU – die Sie, die GRÜNEN, natürlich sicherlich unterstützen werden –, die Verkehrswende bis 2030 weiter zu forcieren.

Eines ist uns bei dem ganzen Haushalt allerdings ein Dorn im Auge: Der Straßenbau, und das habe ich schon in der letzten Haushaltsdebatte angesprochen, ist drastisch unterfinanziert. In der Prioritätsstufe eins hinken wir um Jahre hinterher. Da brauchen wir wesentlich mehr Geld. Der Verkehr hängt natürlich mit der Infrastruktur zusammen, und die ist wichtig, auch für die Wohnungsbauproblematik; auf die komme ich gleich noch. Wir brauchen eine Stärkung des ländlichen Raums, um das Stadt-Land-Gefälle zu überwinden, um günstigen Wohnraum auch in der Stadt zu ermöglichen.

Für uns ist auch der Ausbau von wesentlichen Verkehrsstraßen wichtig, und zwar mit dem bestmöglichen Lärmschutz. In der Debatte im Verkehrsausschuss haben wir erlebt, was bei der A 94 mehr oder weniger alles schiefgelaufen ist. Da muss noch viel besser geplant werden, und der Lärmschutz muss schon im Vorfeld bestmöglich für die Bürger ausgebaut werden.

Die E-Mobilität wird aus unserer Sicht viel zu schöngeredet. Wir sind für einen ausgewogenen Energie-Antriebsmix. Wir sehen, wie ich vorhin schon gesagt habe, keine Notwendigkeit für eine Verteufelung der herkömmlichen Antriebsarten. Wir wollen uns jetzt auch bedanken, auch wenn das von uns als der AfD-Fraktion vielleicht komisch klingt. Es ist aber Fakt: Mein Kollege Andi Winhart und ich stehen für Rosenheim, und wir haben, ebenso wie Klaus Stöttner von der CSU, einen Antrag für Rosenheim eingereicht, die Verknüpfungspunkte zu untersuchen. Sicherlich wird Verkehrsministerin Schreyer das an den Bundesverkehrsminister weitergeleitet haben. Für uns im Inntal ist es ein ganz wesentlicher Punkt, dass die Brennerbasistunnelstrecke vollkommen untertunnelt wird und den größtmöglichen Lärmschutz für die Bürger bietet.

Wohnen und Bauen ist, das hat schon Herr Pohl gesagt, die zentrale soziale Herausforderung angesichts der steigenden Mieten, des knappen Wohnraums, der sinkenden Renten und der Altersarmut. Auch hier noch einmal einen Rückblick auf 2019. Damals

haben fast alle Fraktionen bei diesem Thema angeprangert, dass Herr Söder als Finanzminister 33.000 Wohnungen mehr oder weniger aus der Sozialbindung herausgenommen und verkauft hat. Damals hat er das BayernHeim-Projekt groß angekündigt. Was ist daraus geworden? Wir haben es in unserer Gemeinde selbst erlebt: Es ist ein Rohrkrepieler, aus unserer Sicht ein totgeborenes Kind.

Die Ursache für die Misere bei Wohnen, Bau und Verkehr ist die Wohnungsknappheit durch die vernachlässigte Infrastrukturpolitik der langjährigen Regierungsparteien. Wir haben eine enorme Baukostensteigerung, allein in den letzten zehn Jahren um 50 %. Allem voran geht die ganze Immobilienblase mit der Null-Zins-Politik, die wir in diesem kleinen Länderparlament nicht beeinflussen können, die auf EU-Ebene und weltweit dringend einer Korrektur bedarf. Betroffen sind Familien, Geringverdiener, aber auch Bürger weit in die Mittelschicht hinein. Heute können sich Polizisten und Facharbeiter in Ballungsräumen, in Metropolregionen keine vernünftige Wohnung mehr leisten. Da helfen auch keine sozialistisch geprägten Instrumente, das haben wir jetzt in Berlin gesehen. Der Mietestopp ist genau kontraproduktiv.

Wir brauchen eine Entzerrung der Ballungsräume, eine Verdichtung durch höheres Bauen. Das haben wir bei der letzten Änderung der Bayerischen Bauordnung diskutiert. Und was ist die Folge? In zahlreichen Gemeinden wurde die Öffnungsklausel aus meiner Sicht missbraucht, genau der Gedanke, der von den meisten Parteien hier in der Bayerischen Bauordnung mitgetragen wurde. Städtetag und Gemeindetag haben konträr dazu ununterbrochen auf die Gemeinden eingehämmert, damit sie die Öffnungsklausel wahrnehmen, und sie haben Satzungen erlassen, die von Neid geprägt sind und den Wohnungsbau zusätzlich verhindern. Wir könnten nach neuesten Untersuchungen bis zu zwei Millionen durch Aufstockungen und durch Dachgeschossausbauten erreichen. Daran müssen wir noch arbeiten, genauso wie an der Digitalisierung der bayerischen Baubehörden. Auch da haben wir dringenden Nachholbedarf. Meine Schwiegertochter war in Amerika Architektin, die hat sich gewundert, dass wir noch mit Plänen arbeiten.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Bergmüller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Franz Bergmüller (AfD):** Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. – Ich habe noch zwölf Sekunden.

(Beifall bei der AfD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Überzogen, Sie haben zwölf Sekunden überzogen. Das möchte ich schon noch richtigstellen.

(Heiterkeit)

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Harald Güller von der SPD-Fraktion.

**Harald Güller (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute zigmal und richtigerweise die Mottos gehört: "Testen, testen, testen" und "Impfen, impfen, impfen". Für den Haushalt des Ministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr gilt ein anderes Motto, und das heißt: "Investieren, investieren, investieren." Wir müssen in eine gute Zukunft für Bayern investieren, und zwar auch in Jahren einer Krise.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen das Mantra der Schulden für spätere Generationen nicht nur auf Euro beziehen, sondern wir müssen endlich begreifen, dass die größte Schuld, die wir der nächsten Generation hinterlassen können, eine marode Infrastruktur ist, und zwar gerade beim Verkehr, bei Bauen und Wohnen. Übrigens, in Richtung GRÜNE: Das ist auch eine Schuld beim Klima und beim Umweltschutz, wenn wir hier nicht investieren, und zwar in alle Bereiche.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen brauchen wir in diesem Haushalt nach unserer Auffassung mutigere Schritte, mutigere Schritte im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schie-

nenpersonennahverkehrs. Wir brauchen ein 365-Euro-Jugendticket nicht nur in einzelnen Großstädten, sondern flächendeckend in Bayern,

(Beifall bei der SPD)

und zwar auch als Einstieg in ein 365-Euro-Ticket für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Wir brauchen mehr Investitionen durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft, damit sie mehr Verkehrsverbindungen bestellen kann. Wir brauchen mehr Investitionen zum Beispiel in ein Sozialticket und in ein Seniorenticket. Ich sage an dieser Stelle auch ganz klar, dass ich ein Stück weit von den GRÜNEN enttäuscht bin, die uns hier nicht unterstützen. Zu einem sozialen Nahverkehr gehört es auch, ein Senioren- und ein Sozialticket zu installieren. An dieser Stelle verstehe ich eine Enthaltung von euch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Daneben ist es auch unbedingt notwendig, im Bereich des Bauens und Wohnens mehr zu tun als bisher. Die Eigenheimzulage läuft jetzt aus. Das müssen auch CSU und FREIE WÄHLER zugeben: Die Eigenheimzulage hat tatsächlich nicht das gebracht, was ihr euch erwartet habt. Deswegen muss man jetzt umso kräftiger in die Wohnraumförderung investieren. Natürlich ist die BayernHeim eine Möglichkeit, um neuen Wohnraum in Bayern zu schaffen. Aber dazu muss man sie auch mit entsprechenden Finanzmitteln ausstatten, damit sie in den nächsten Jahren sehr viel aktiver werden kann als jetzt. Momentan ist sie schlicht und einfach eine Hülle und ein Versprechen, das Sie gegeben haben, das aber noch lange nicht umgesetzt ist. Deswegen ist kräftig über die BayernHeim zu investieren.

(Beifall bei der SPD)

Aber beim Wohnungsbau heißt es eben auch, dass wir zum Beispiel bei den Bedienstetenwohnungen für die Staatsbediensteten mehr tun müssen. Wir müssen auch einmal deutlich andere Wege gehen. Warum bauen wir denn nicht als Freistaat zum Bei-

spiel über die BayernHeim, über Siedlungswerke oder Studentenwerke einmal Wohnsiedlungen, wo alles zusammenkommt, sowohl der Studierendenwohnbau als auch der Staatsbedienstetenwohnbau als auch die Vergabe an die normalen Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch ein bisschen Sozialwohnbau? Das wäre eine Idee. Wir haben versucht, dafür Impulse zu geben, die Sie unglücklicherweise abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen in diesem Bereich auch einen Fonds "Sicheres Wohnen" – in Corona-Zeiten sicherlich das Thema, das auch Natascha Kohnen als unsere Landesvorsitzende nach vorne gebracht hat –, um Wohnungslosigkeit zu verhindern und auch um Vermieterinnen und Vermietern zu helfen; denn nicht nur große Konzerne vermieten, sondern auch einzelne Leute, die ihre Altersvorsorge auf eine vermietete Eigentumswohnung basiert haben.

Frau Ministerin Schreyer, es ist ja schön, wenn Sie auf Bundesebene Pressemitteilungen herausgeben und sagen: Ich habe mich auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass es einen solchen Fonds gibt. – Das können Sie machen. Aber wenn wir das hier in Bayern vorschlagen, dann erwarten wir von derselben Ministerin auch Unterstützung. Nicht nur in Berlin reden, sondern in Bayern handeln, das ist Ihr Job.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist auch ein Haushalt, der ein Stück weit die Unterschiede der Oppositionsparteien zeigt. Dass die FDP im Ausschuss unseren Anträgen für 365-Euro-Tickets nicht zustimmt, weil das Thema des Preises des Nahverkehrs kein Faktor sei, zeigt, wie weit Sie von der Realität entfernt sind. In Richtung der GRÜNEN sage ich: Natürlich ist es richtig, Radwege und Radschnellwege zu bauen. Aber 150 Millionen Euro im nächsten Jahr in Radwege zu investieren und zu sagen, dafür brauchen wir keine Staatsstraßen, das zeigt tatsächlich, dass Sie ein gutes Stück von der Realität weg sind. Auf diesen Staatsstraßen fährt nicht nur der

böse Individualverkehr mit Benzin- oder Dieselmotoren. Nein, darauf fährt auch der Individualverkehr mit Elektromotor. Darauf fährt auch der Bus, den wir hier alle gemeinsam in jedem Eck in Bayern fordern, und auf diesen Straßen fahren auch die Güterverkehre, die wir für eine ortsnahe Versorgung im Supermarkt und im Ortsladen fordern. Dafür brauchen wir intakte Staatsstraßen. Man sollte nicht das eine gegen das andere ausspielen.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Abgeordneter!

**Harald Güller (SPD):** Eine letzte Bemerkung: Übrigens brauchen auch diese Radwege Fläche. Also reden Sie nicht immer nur vom "bösen Flächenfraß".

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, Ihre Rede jetzt zu beenden.

**Harald Güller (SPD):** Da dieser Haushalt all den Anforderungen nicht gerecht wird, werden wir ihn ablehnen. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, sinnvolle Anträge der SPD anzunehmen. Auch diese Chance haben Sie wiederum vergeben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Bravo!)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

**Sebastian Körber (FDP):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kommen wir zu den sinnvollen Anträgen. Vielen Dank für das Stichwort. Die FDP-Fraktion hat nämlich 33 Änderungsanträge vorgelegt, wie Sie es von uns als Serviceopposition gewohnt sind. Allein da war ein Einsparvolumen von 200 Millionen Euro drin. So konstruktiv sind wir eben. So sind Sie es von uns gewohnt. Die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen haben die Chance vertan, hier zukunftsfähige

Investitionen zu tätigen. Das ist natürlich sehr bedauerlich. Sie haben Ihre Chance nicht genutzt.

Ich will einmal exemplarisch vier dieser schwarzen Löcher herausgreifen, die den Steuerzahler sehr teuer zu stehen kommen werden. Da komme ich dann auch noch zum 365-Euro-Ticket, Kollege Güller. Das sind nämlich die Hypotheken, die Sie den Kindern und Enkelkindern Bayerns für die nächsten Jahrzehnte überlassen werden.

Punkt eins. Die BayernHeim ist angesprochen worden. Das ist an Peinlichkeit langsam nicht mehr zu überbieten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Ministerin, bezugsfertig haben wir sage und schreibe 71 Wohneinheiten. Sie führen jetzt 150 Millionen Euro diesem Haushalt zu. 71 Wohneinheiten entsprechen genau 0,2 % von den damals 33.000 verkauften GBW-Wohneinheiten. Da muss ich schon sagen: Jedes privatwirtschaftliche Wohnungsunternehmen wäre längst bankrott, wenn es so arbeiten würde, wie Sie es in der BayernHeim für den Freistaat mit unserem Steuergeld machen, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsfractionen. Das können die Wohnungsbaugesellschaften vor Ort besser; denn sie wissen, wie das vor Ort funktioniert. Dass die BayernHeim hier wirklich total versagt, ist ja offenkundig.

Punkt zwei betrifft das 365-Euro-Ticket, Kollege Güller. 50 Millionen Euro sollen hier jetzt zugeführt werden, und auch diese sind offenkundig falsch vergeben. Sie müssen schon erst genau zuhören, wenn Sie sagen, dass die FDP sehr weit von der Realität weg ist. Sie sind weit weg von den Realitäten in diesem Land. Sie sehen doch, in welchem Zustand die Infrastruktur ist. Ich brauche doch erst einmal das ganze Geld aus dem System der Infrastruktur, um die maroden Teile – das sind Ihre Worte – instand zu setzen. Dann kann ich mir nachher überlegen, wie ich ein Ticket clever bepreisen kann.

Nehmen Sie nur einmal den Großraum München. Da gibt es jetzt ein sogenanntes 365-Euro-Ticket für bestimmte Personengruppen, nicht für alle Personen, wie Sie es fordern. Wenn ich jetzt da nur mal die ersten vier Ringlein im Verkehrsverbund an-

schaue, hat das Jahresticket eigentlich über 600 Euro gekostet. Jetzt können Sie die Differenz ausrechnen und wie viel Geld uns im System fehlt. Das Entscheidende ist eben nicht nur der Preis. Damit mehr Menschen den öffentlichen Personennahverkehr nutzen, kommt es darauf an, dass er bequem und verlässlich ist, dass es ein besseres Angebot und noch mehr Kapazitäten gibt. Auf diese entscheidende Frage haben wir immer hingewiesen.

Punkt drei, das Baukindergeld. Die Eigenheimzulage läuft ja Gott sei Dank aus. Sie ist natürlich auch völlig fehl am Platz. Hier gibt es viel cleverere Vorschläge, die wir als Freie Demokraten schon immer vorgetragen haben. Das ist liberale Eigentumsförderungspolitik. Wenn Sie endlich die Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie abschaffen würden, würden wir viel mehr erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Kollege Pohl, da können auch die FREIEN WÄHLER etwas lernen. Das ist nämlich zielgerichtet. Wie die FREIEN WÄHLER Wohneigentum fördern wollen, davon habe ich in Ihrem Vortrag leider nichts gehört. Das war einfach nur ausweichendes Erzählen über den ländlichen Raum. Das könnte ja Ihr eines Thema sein, wie Sie es den GRÜNEN vielleicht vorwerfen. Aber damit erreichen Sie jedenfalls nichts.

Punkt vier. Wir haben jetzt einen neuen zweiten Dienstsitz des Bauministeriums ausgewiesen, und zwar in Augsburg. Warum wir diesen brauchen, weiß man nicht genau. Das ist noch erklärungsbedürftig. Umweltfreundlich ist die Sache übrigens auch nicht, weil Sie dort durch das Betreiben von Symbolpolitik jetzt weitere Dienstreisen induzieren. Dieser Punkt ist wie die anderen von mir schon vorgetragenen Punkte ein schwarzes Loch und verschwendetes Geld. Zusammenfassend: Alleine hier haben wir eine Viertelmilliarde Euro, die wir anderweitig nutzen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, exemplarisch will ich noch ein paar wirklich sinnvolle Investitionen herausgreifen. Wir müssen mehr in die Digitalisierung investieren. Das betrifft den Mobilitätsbereich in der Infrastruktur; denn die Mobilität muss mit-

einander vernetzt werden. Dass hier immer diese Kämpfe – Rad kontra Auto – aufgezeigt werden, ist falsch. Lassen Sie uns das bitte, wie wir das in einem Konzept vorgeschlagen haben, miteinander vernetzen, Knotenpunkte stärken, gerne Fahrradstellplätze am Bahnhof einrichten, aber bitte auch Park-&-Ride-Plätze für das Auto. Das wäre eine sinnvolle Geschichte.

Wir müssen auch im Bauwesen mehr digitalisieren, Stichwort BIM.

Ich will noch einen Punkt herausgreifen, die IMBY, die Immobilien Freistaat Bayern. Frau Ministerin, dafür gibt es ja eigentlich einen Reformauftrag im Koalitionsvertrag. Bei dem, was die Immobilien Freistaat Bayern so abgeliefert – Stichwort: Deutsches Museum Nürnberg sowie andere Immobilienprojekte wie die Technische Universität in Nürnberg, den Himbeerpalast, den Obersalzberg, das OP-Zentrum in Erlangen –, findet ein Controlling der Baukosten in keiner Weise statt.

(Beifall bei der FDP)

Hunderte Millionen Euro Steuergeld werden hier verschwendet. Es ist eine Schande für den Freistaat, dass man hier nicht auf die Kosten achtet.

Frau Ministerin, bei der Bayerischen Bauordnung haben Sie ein Novellchen vorgelegt. Jetzt haben Sie ein Einzelplänchen vorgelegt. Das müssen wir ablehnen. Das ist völlig unambitioniert. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Alfons Brandl. Herr Brandl, bitte.

(Alfons Brandl (CSU): Ich habe keine!)

– Nein? War das ein Irrtum?

(Alfons Brandl (CSU): Ja, das war ein Irrtum. Verzeihung!)

– Das war anscheinend ein Versehen.

Herr Körber, vielen Dank, dann können Sie auf Ihren Platz zurückgehen. Als nächsten Redner rufe ich Herrn Jürgen Baumgärtner, CSU-Fraktion, auf.

**Jürgen Baumgärtner (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bauen, Wohnen und Verkehr gestalten heißt Zukunft gestalten. 300 Millionen Euro mehr, ein Aufwuchs um 8 %: Das ist ein starker Aufschlag für die Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kollege Büchler, ich habe Ihnen zugehört. Ich weiß nicht, worüber Sie gesprochen haben, aber über den bayerischen Staatshaushalt definitiv nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Schieneninfrastruktur ist Aufgabe des Bundes. Das habe ich Ihnen schon beim letzten Mal erklärt. Im ländlichen Raum kann kein Zug fahren. Da liegen keine Schienen. Warum liegen da keine Schienen? – Weil es ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll ist, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen empfehle ich Ihnen dringend, mal diesen Raum, den S-Bahn-Bereich München, zu verlassen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Markus Büchler (GRÜNE))

Ziehen Sie mal durch Bayern, schauen Sie sich mal die Realität an, verlassen Sie mal Ihr ideologisches Kartenhaus.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es bringt auch nichts, wenn Sie bei jeder Ihrer Reden den Standort Bayern für die Automobilindustrie schlechtreden. Sie gefährden die Zukunft der nächsten Generation.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eigentlich bin ich irgendwie ganz dankbar, dass Sie heute wieder gesprochen haben. Sie haben die Maske wieder fallen lassen. Sie sind keine bürgerliche Kraft. Sie sind Linksideologen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Markus Bächler (GRÜNE))

Sie waren es, Sie sind es, und Sie bleiben es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kollege Güller, ich bin ein bisschen enttäuscht. Sie hätten zustimmen können. Denn so weit liegen wir nicht auseinander. Es tut mir ein bisschen weh, dass Sie die Eigenheimzulage nicht ganz so gut finden. 62.000 Anträge! Wissen Sie, ich komme aus einer Arbeiterfamilie. Da musste man die D-Mark noch umdrehen. 10.000 Euro sind für diese Gehaltsstufen ein Haufen Geld. Wir haben ganz vielen jungen Familien zum Eigenheim verholfen. Für die CSU gilt: Eigentum ist keine Schande, es ist unsere Zielsetzung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mein lieber Freund Körber, als Oberfranke hätte ich mir schon sehr gewünscht, dass man diese Ausgliederungen der Ministerien unterstützt. Ich bin sehr froh, dass wir jetzt beispielsweise in Nürnberg eine Außenstelle des Gesundheitsministeriums haben, in der ganz viele oberfränkische junge Leute arbeiten. Das Zweite ist: Sie kommen ja vom Fach.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

Da hätte ich mir beispielsweise schon gewünscht, dass Sie anerkennen, dass Kollegin Ministerin im Ministerium ein ganz hervorragendes Controlling in der Bauwirtschaft eingeführt hat. Das wird auch irgendwann Früchte tragen.

(Sebastian Körber (FDP): Wann denn? In zehn Jahren?)

– Sie wissen doch, wie das ist. Sie kommen doch aus der Branche. Mensch, um Himmels willen, ich muss mich schon wirklich fragen! Im Ausschuss sind Sie doch immer ganz umgänglich und ganz kooperativ. Nur wenn Sie in der Clique Ihrer Champagner-Etage sitzen, sind Sie ganz wesensverändert. Das muss ich schon mal sagen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich danke der Ministerin für ihr Engagement.

(Zuruf)

– Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern sind das eine. Unsere Ministerin lebt dieselbe Idee. Dafür danke ich ihr herzlich. Ich danke den fleißigen Geistern im Ministerium und in den nachgeordneten Behörden.

SPNV: 6 % mehr. Das ist ein toller Aufschlag. Bahninfrastruktur: 8 % mehr, 175 Millionen Euro. 350 Millionen Euro für die Staatsstraßen. Für die GRÜNEN: Davon sind 190 Millionen Euro für den Unterhalt und die Verbesserung. 360 Millionen Euro für die Wohnraumförderung. Meine Damen und Herren, auf eine Initiative der SPD hin – das will ich auch in dieser Deutlichkeit formulieren – haben wir die Gelder für den studentischen Wohnraum deutlich erhöht. Da sind wir noch nicht am Ziel, aber wir werden besser, Kollegin Kohlen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In der Summe bin ich also sehr zufrieden. Das ist ein klares Bekenntnis zur Zukunft und ein gutes Fundament. Meine Damen und Herren, das ist nicht einseitig auf irgendwelche Verkehrsträger fokussiert, sondern die Summe und der Mix machen es aus. Es

gibt viele Wohnformen. Für uns ist Eigentum ein Ziel und keine Schande, auch Eigentum am Einfamilienwohnhaus, Kollege Bächler.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist Freiheit, das ist Verantwortung, das ist Sicherheit. – Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung für diesen hervorragenden Haushalt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf: Bravo!)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Kollege Baumgärtner, vielen Dank für die lockere Rede um 22:25 Uhr. Ich darf den nächsten Redner aufrufen: Herrn Jürgen Mistol von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Für viele Menschen, für viele Familien bis weit in die Mittelschicht hinein ist das wirklich eine Frage der Existenz. Die mit der Corona-Pandemie einhergehenden wirtschaftlichen Folgen verdeutlichen einmal mehr, wie wichtig es ist, dass das Grundrecht auf Wohnen geschützt wird.

(Unruhe)

Ich würde mir wünschen, dass alle zuhören und die Lautstärke hier nicht so groß ist, damit Sie dann nicht irgendwelche Fragen stellen müssen, weil Sie es vielleicht nicht verstanden haben. – Danke schön.

In Zeiten von Lockdown und Ausgangsbeschränkungen ist das eigene Zuhause wichtiger denn je. Ich glaube, das ist uns selber erst einmal seit einem Jahr so richtig bewusst geworden. Doch zahlreiche Menschen haben, auch bedingt durch Kurzarbeit, ausbleibende Einnahmen, Sorgen und Schwierigkeiten, genau dieses Zuhause halten zu können. Die Zahl der einkommensschwachen Haushalte wird in den nächsten Jahren steigen. Um die Folgen von Krisen besser abfedern zu können, brauchen wir eine deutliche Stärkung und Ausweitung des gemeinwohlorientierten und sozialen Woh-

nungsbaus. Kurzum: Wir brauchen jährlich mindestens 10.000 neue Sozialwohnungen, um den Bedarf decken zu können.

Nach einem Jahr mit Corona und den damit verbundenen Folgen vermisse ich eine solche Schwerpunktsetzung in Ihrem Haushaltsentwurf. Im Gegenteil: Man muss sagen, dass die Wohnungsbaupolitik der Staatsregierung schon mal besser war, Frau Ministerin. Die Zahl der geförderten Mietwohnungen ist im Freistaat seit 2019 wieder rückläufig. Da hatten wir mit dem Wohnungspakt tatsächlich mal eine Steigerung. Demnach gab es Ende 2019 in Bayern noch 136.000 Sozialwohnungen. Das waren etwa 1.250 weniger als im Vorjahr. Wurden 2019 noch 3.775 Mietwohnungen im Bayerischen Wohnungsbauförderprogramm gefördert, sind es 2020 gerade einmal 3.243. Insgesamt sind im letzten Jahr fast 4.000 Sozialwohnungen aus der Bindung gefallen. Lediglich im kommunalen Wohnungsbauförderprogramm steigt die Zahl der geförderten Mietwohnungen. Das heißt: Im Gegensatz zur Staatsregierung kommen die Kommunen ihrer verfassungsrechtlichen Verantwortung beim sozialen Wohnungsbau durchaus nach.

Die staatliche Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim, das Prestigeprojekt unseres Ministerpräsidenten, hat bisher – Kollege Körber hat schon darauf hingewiesen – tatsächlich nur Wohnungen zugekauft, statt selbst Wohnungen zu errichten. Eigene Projekte sind erst auf dem Weg. Sie bedienen sich aus dem Topf der Wohnraumförderung, die anderen Unternehmen zugutekommen würde. Von der BayernHeim werden praktisch null Wohnungen zusätzlich geschaffen; das muss man einfach einmal so konstatieren. Im Jahr 2019 waren es insgesamt 79 Millionen Euro Fördermittel, die anderen Wohnungsbauunternehmen fehlten.

Kolleginnen und Kollegen, um den anhaltenden Problemen auf dem bayerischen Wohnungsmarkt begegnen zu können, brauchen wir bei der Wohnraumförderung einen klaren Fokus, aber keine Kaufzulagen in Form von Baukindergeld und Eigenheimzulage. Sie sind kostspielig; sie schaffen Fehlanreize, indem sie die Immobilienpreise weiter anheizen und lediglich zu Mitnahmeeffekten führen. Das sagen übrigens nicht nur

wir GRÜNEN, sondern das sagt auch das Deutsche Institut für Wirtschaft, das keine Vorfeldorganisation der GRÜNEN ist.

Stattdessen wollen wir GRÜNE nachhaltige, langfristige Investitionen in der Wohnraumförderung, um den Zugang zu Wohnraum, egal ob zur Miete oder im Eigentum, für alle Menschen im Freistaat zu verbessern. Stimmen Sie deshalb unseren Änderungsanträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Wer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet? – Kollege Kirchner, das ist bei mir nicht angezeigt. – Herr Kirchner, bitte.

**Sandro Kirchner (CSU):** Herr Kollege Mistol, Sie haben angesprochen, dass Wohnraum gerade in Ballungszentren teuer ist. Wir haben gelernt, dass Angebot und Nachfrage den Preis gestalten. Sie haben jetzt gesagt, wenn jemand eine Eigentumswohnung kauft und diese selbst nutzt, führt dies auf dem Markt zu einer Verteuerung und macht die Finanzierung von Wohnungen unmöglich. Ich würde umgekehrt behaupten, dass, wenn man das Platzangebot reduziert, also das Bauland verringert oder die Möglichkeiten zum Bauen einschränkt, Grund und Bauen teurer werden. Wie stehen Sie dazu?

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Herr Kollege Kirchner, wir können das, was den Flächenverbrauch betrifft, und das, was den Bedarf an Bauland angeht, in Einklang bringen. Wir werden in Zukunft gerade in den Ballungsräumen den Geschosswohnungsbau selbstverständlich präferieren müssen. Das machen übrigens Ihre Oberbürgermeister in den Städten, in denen die CSU Oberbürgermeister\*innen stellt, auch, und das kann man schaffen.

Wir als GRÜNE haben unsere Vorschläge zur Eigenheimförderung deutlich gemacht. Sie können gerne googeln oder auf der Webseite des Bayerischen Landtags sehen,

was wir vorgeschlagen haben. Das ist eben nicht das Baukindergeld. Wir haben ähnlich wie die FDP gefordert, die Baunebenkosten zu senken. Daraus würde ein Schuh für eine tatsächliche Förderung des Eigenheims werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Staatsministerin Kerstin Schreyer auf.

**Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand es ganz spannend, die unterschiedlichen Positionen zu hören; denn es war von Vorteil, dass bei jedem Punkt die eine Hälfte dafür und die andere dagegen war. Ich glaube, insofern sind wir wunderbar in der Mitte, um einen sehr guten und sehr gelungenen Haushalt vorlegen zu können. Ich möchte an dieser Stelle all den Haushälterinnen und Haushältern danken, mit denen wir im Ausschuss schön und gut diskutieren konnten. Das waren auch sehr konstruktive Beiträge. Insbesondere haben die Kollegen Winter, Pohl und Baumgärtner die Punkte schon sehr gut dargestellt. Deshalb werde ich jetzt nicht mehr in alle einzelnen Punkte einsteigen; denn dies war, wie ich glaube, schon sehr gut dargestellt.

Wir haben ein Plus von 9,6 % und stellen einen Haushalt im Umfang von 4,4 Milliarden Euro auf. Ich darf dies gar nicht so laut sagen, da der Herr Finanzminister sehr genau hinhört, wenn er das Wort Plus hört. Ich möchte an dieser Stelle Dankeschön sagen, weil ich weiß, dass dir, lieber Albert Füracker, auch klar ist, dass wir das Infrastrukturministerium zur Entwicklung dieses Landes sind. Es nützt nichts: Wir müssen darauf achten, dass die Straßen ordentlich sind, dass die Brücken ordentlich sind und dass wir Innovationen hinsichtlich Schiene und ÖPNV und alles, was dazugehört, vornehmen. Dies ist richtig, da wir bei uns im Ministerium den Verkehrsbereich, den Wohnbereich und den Baubereich haben.

Der Wohnbereich betrifft die soziale Frage der Zukunft. Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir mit ganz viel Kraft investieren. Das Ziel muss nämlich sein, dass die Menschen in ganz Bayern leben können, und zwar ungeachtet ihres Alters und ihrer Lebensphase. Es geht darum, in ganz Bayern leben zu können. Deswegen ist es notwendig, die Bereiche Wohnen und Verkehr zu koppeln. Deswegen hat der Herr Ministerpräsident diese Bereiche in ein Ministerium zusammengeführt. Die erste Ministerin war Ilse Aigner; sie durfte das Ministerium aufbauen und durfte ihr Büro gerade noch kurz beziehen, bevor der Schritt zur Präsidentin stattfand. Sie hat das Ministerium zumindest noch gestaltet, bevor sie hier einziehen durfte. Dieses Ministerium ist ein sehr junges Ministerium. Es ist sehr klug, diese Bereiche zusammenzuführen, weil es um Zukunft geht. Ich bin sehr dankbar, dass ich diesem Ministerium vorstehen darf, es leiten darf, es organisieren darf. Ich danke an dieser Stelle auch ganz herzlich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wirklich jeden Tag im Feuer stehen und dieses wunderschöne Land gestalten.

Ich bin ganz baff, dass ich als jemand, der aus dem Landkreis München kommt, Herrn Körber erklären soll, warum wir durchaus Ministerien auch außerhalb Münchens haben. – Ja, Herr Körber, ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir Außenstellen haben. Ja, ich glaube, dass die Ökologie gewährleistet ist; denn wenn wir unsere Außenstelle in Augsburg haben, sind die Menschen, die dort leben oder teilweise auch aus Franken jeden Tag oder jeden zweiten Tag Richtung München fahren würden, in Augsburg sehr gut aufgehoben, weil sie kürzere Fahrtstrecken haben. Wir siedeln ja niemanden von München nach Augsburg um, sondern diejenigen, die heutzutage schon so lange Anfahrtswege haben, können dann in ihrer Heimat arbeiten. Dies hat auch etwas mit Ökologie zu tun. Wir bekommen eben nicht künstlich Fahrstrecken hinzu. Das ist Ökologie.

(Beifall bei der CSU)

Ja, wir müssen darauf achten, überall kostengünstigen Wohnraum zu haben. Darüber haben wir gerade diskutiert. Gerade Corona wirkt mit Blick auf diese Fragestellung wie

ein Brennglas; denn wir haben jetzt die Chance, dass sich viele Menschen aufgrund Homeoffice die Frage stellen, wie oft sie tatsächlich noch fahren und vielleicht bewusst sagen: Ich möchte außerhalb wohnen, wenn die Digitalisierung und wenn die Verkehrsanbindung greifen. Wenn dies der Fall ist, wird sich vielleicht der eine oder andere im Zuge von Corona überlegen, ob es schön ist, in München in einer Zwei-Zimmer-Wohnung – Double Income No Kids – in Vollzeitarbeit zuhause zu sein – dies ist, ehrlich gesagt, auch eine Herausforderung für so manche Beziehung –, und das in einer Wohnung ohne Balkon und ohne Garten. Wenn man sonst vielleicht abends weggegangen oder ins Fitnessstudio gegangen ist, sitzt man jetzt zuhause. Dann wird plötzlich die Frage des Wohnens im ländlichen Raum eine ganz andere Qualität bekommen.

Wenn ich feststelle, dass ich vielleicht wirklich nur zweimal die Woche zum Arbeiten in eine Stadt fahren muss, weil ich den Rest digital erledigen kann, werde ich mir auch überlegen, ob ich nicht außerhalb wohnen möchte. Deshalb ist es wichtig, nicht nur in der Stadt, sondern auch außerhalb sowohl die Arbeit als auch den Wohnraum anzubieten. Genau deswegen hat der Ministerpräsident die Heimatstrategie entwickelt, und genau deswegen verlagern wir auch Arbeitsplätze. Der Staat kann doch nicht sagen: Ihr anderen, macht mal. Wir müssen mitmachen. Deswegen ist es sinnvoll und richtig, dass wir in Augsburg eine Außenstelle aufbauen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es gibt mehrere Punkte, wie wir das Wohnen anschieben können. Einiges wurde angesprochen. In der Kritik wurde immer wieder die Wohnungsbaugesellschaft Bayern-Heim genannt. Man muss sehen: Wir haben 2.900 Wohnungen in Planung. – Ja, es könnten immer mehr sein. Jeder, der vom Fach ist, weiß aber, dass nicht alles sofort klappt, wenn so etwas neu aufgebaut wird. Man muss die Grundstücke erwerben, man muss in Verhandlungen treten und so weiter. Dies alles passiert doch nicht in zwei Sekunden.

Die Wohnraumförderung wurde vorhin auch angesprochen. Ich möchte die Zahlen noch einmal in Erinnerung rufen. Wer dem Haushalt zustimmt, stimmt dafür, dass wir insgesamt, wenn wir alles zusammennehmen, 848,6 Millionen Euro zur Verfügung haben. Das ist eine Menge Holz. Deswegen ist es auch wichtig, dem Haushalt heute zuzustimmen. Wer sagt, der Staat soll mehr investieren, darf heute bei der Abstimmung freudig kundtun, dass er uns an dieser Stelle unterstützen möchte.

An dieser Stelle geht es um drei Punkte. Erstens ist das viel Geld, zweitens ist es richtig ausgegeben und drittens – das habe ich gerade schon gesagt – müssen wir Wohnen und Mobilität anders denken. Im Ballungsraum geht es darum, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen; im ländlichen Raum geht es darum, dass die Menschen dort leben bleiben können. Das ist die große Herausforderung, die einen Spagat erfordert. Ich gebe zu: Als ich in dieses Ministerium gekommen bin, hätte ich mir nie gedacht, dass ich die Fragestellung habe, was wir für Städte tun müssen. Für mich war immer klar: Wir müssen den ländlichen Raum anschauen. Das werden wir weiterhin tun müssen; aber wir werden uns auch die veränderten Strukturen in den Städten anschauen müssen. Corona ist ein Stück weit ein Brennglas auch in Bezug auf die Frage, was mit Städten und was mit Innenstadt passiert, ohne dass wir vergessen dürfen, was wir im ländlichen Raum machen müssen.

Der Kollege Büchler hat vorhin dafür plädiert, dass wir eine Wahlfreiheit im Verkehrsbereich schaffen, indem wir den ÖPNV stärker ausbauen. Beim SPNV hat der Kollege Baumgärtner Ihnen schon erklärt, wer zuständig ist. Beim ÖPNV kann man durchaus auch darüber diskutieren, wer wo und wann wie zuständig ist. Aber ich stimme Ihnen zu: Wir müssen da immer weiter ausbauen. Der Unterschied zwischen uns beiden ist aber: Ich baue nicht gegen die Straße aus. Denn nach meiner Kenntnis fahren auch der Rufbus und das Sammeltaxi auf einer Straße. Im ländlichen Raum werden wir nicht jeden Weiler mit einer Schiene anbinden können. Genau das ist der Unterschied. Ich möchte Anregungen geben; ich möchte ein Angebot machen.

(Zuruf)

Ich glaube, dann wird der Bürger das Angebot, wenn es attraktiv ist, auch nutzen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen aber auch die Lebenswirklichkeit des Einzelnen sehen. Jeder von uns lebt in einer anderen Lebensphase. Sie tun grad so, als ob jeder immer SPNV oder ÖPNV nutzen kann. Ich habe noch keinen Handwerker gesehen, der seine Ladung in die S-Bahn verladen hat. Ich habe ihn noch nicht gesehen, und es gibt ihn auch nicht. Deswegen muss ich eben ein breites Angebot machen, ohne immer das Auto zu verteuern. Ich muss schauen, dass unser Angebot so gut ist, dass es der, der es nutzen kann, auch nutzen wird.

(Zuruf)

Ja, die Jüngeren haben ein völlig anderes Empfinden, wie sie die Verkehrswege diskutieren wollen. Wenn Sie mit den 15- bis 25-Jährigen reden – die haben ein anderes Ziel. Aber egal, welche Umfrage Sie nutzen: Im ländlichen Raum ist das Ziel eines jungen Menschen, der 18 wird, immer noch der Führerschein; im städtischen Bereich machen ihn viele gar nicht mehr, weil sie ein anderes Angebot haben. Das ist die Lebenswirklichkeit. Deswegen brauche ich nicht Straße gegen Schiene auszuspielen, sondern wir brauchen von allem etwas. Dieser Haushalt bietet Möglichkeiten an, die wir wirklich alle entsprechend unterstützen können und damit vorwärtskommen. Und ja, wenn ich beim Herrn Finanzminister bin, dann sage ich ihm natürlich, ich will immer noch ein Stück mehr. Das gehört jetzt zu meiner Arbeitsplatzbeschreibung. Aber die Wahrheit ist: Dieser Haushalt ist so richtig gut. Da braucht wirklich keiner rumzumekern. Wir investieren viel Geld, und ich denke, es ist sinnvoll und richtig angebracht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bei den Staatsstraßen war es gerade so nett. Der Herr Bergmüller sagt, 350 Millionen Euro sind zu wenig; der Herr Büchler sagt, es ist viel zu viel Geld. Einfach mal aufgelistet: Wenn wir 190 Millionen Euro in die Bestandserhaltung geben, dann ist das rich-

tig; denn es geht auch um Verkehrssicherheit. Die SPD hat vor Kurzem eine Pressemitteilung rausgegeben, dass wir in Bayern die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleisten würden.

(Zuruf)

Also müssten Sie jetzt flammend für unseren Haushalt stimmen; denn mit 350 Millionen Euro können wir wirklich absolut die Verkehrssicherheit gewährleisten. Wir schaffen entsprechende Ausbau- und Neubaumaßnahmen. Und ja, wir schaffen nicht alles auf einmal, aber ich glaube, wir kommen wirklich gut voran. Insofern ist es sinnvoll angelegtes Geld.

Wir machen auch im Bereich Radverkehr relativ viel. Wir hatten im Haushaltsausschuss eine spannende Debatte. Die Hälfte aller Strecken, die wir zurücklegen, ist bis zu fünf Kilometer lang. Insofern ist klar, dass der Radweg durchaus Sinn macht und dass wir uns alle mit dem Rad fortbewegen sollten. Vielleicht wäre das auch in Bezug auf die Gesundheit nicht schlecht. Unser Radwegebauprogramm von 2020 bis 2024 umfasst, wenn man das Geld von Bund und Land zusammenzählt, über 50 Millionen Euro im Jahr 2021. Wir kommen da auch sehr gut voran. Einen Haken gibt es dabei nur an einer Stelle: Wir können die Vorhaben manchmal gar nicht so schnell bauen, weil es an der Straße 20 Grundstückseigentümer gibt, mit denen allen man verhandeln muss. Dann kann es sein, dass wir durchaus länger diskutieren müssen, wenn einer nicht mag. Aber die Wahrheit ist auch: Manchmal haben wir vor Ort auch den Bund Naturschutz oder Ortsgruppen der GRÜNEN, die den Radweg gar nicht wollen. Ich danke für das Angebot im Haushaltsausschuss, liebe Kollegin Köhler. Wir hatten uns da unterhalten. Ich freue mich schon sehr, wenn ich dann mit meiner Liste kommen werde, in der steht, wo die GRÜNEN überall ein Bestandteil sind, weshalb wir ihn nicht bauen können. Ich baue da ganz fest auf euch, dass ihr mir dann helft, dass wir den Radweg dann realisieren können, wo er da ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Über die Novelle der Bayerischen Bauordnung haben wir hier schon recht oft diskutiert. Mein Vorgänger Hans Reichhart hat sie ja sehr gut auf den Weg gebracht. Dazu muss man nicht mehr sehr viel sagen, weil es wirklich gut funktioniert. Ja, der eine oder andere wird immer noch einen Optimierungsbedarf sehen.

(Zuruf)

Da kann man dann noch mal hinschauen.

Die Städtebauförderung wurde angesprochen: 162,5 Millionen Euro. Ich glaube, die Summe allein sagt schon, dass es gut läuft. Seit 50 Jahren ist das wirklich hervorragend aufgesetzt. Insofern müssen wir da nicht so viel sagen.

Ich würde gerne noch ansprechen, dass sich durch Corona die Frage der Innenstädte stark verändert hat. Ich habe einen Runden Tisch einberufen mit all den Spielern, die da in irgendeiner Form in Verbänden und Vereinen sind – Handelsverband natürlich –, und habe auch die Kollegen Bernd Sibler, Hubert Aiwanger und Gerhard Eck dabeigeht. Wir werden diese Runde regelmäßig machen, um zu schauen, was sich in der Innenstadt verändert. Denn es nutzt nichts: Durch die Pandemie verändert sich das Gesicht, und wir werden neue Ideen entwickeln müssen, was wir mit den Innenstädten tun. Denn am Ende des Tages gilt: Wenn das erst mal leer ist, dann funktioniert es so nicht mehr. Da müssen wir konstruktiv und gut miteinander arbeiten von der Fragestellung "Wird es eine Art Erlebniswelt?" bis zur Fragestellung "Wie kann man den Handel dort attraktiv machen?". Gerade der Kollege Bernd Sibler sprüht vor Ideen, wie Kunst dazugeholt werden kann. Da ist relativ viel Musik drin. Das werden wir uns verstärkt anschauen, weil es wichtig ist, dass wir die Innenstädte auch im städtischen Bereich nicht ausbluten lassen.

Insofern kann ich nur sagen: Wir haben in diesem Haus ganz tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die all die vielen Punkte, die wir hier nur teilweise miteinander anreißen konnten, wirklich angehen. Wir haben große Herausforderungen, vor allem auch durch Corona. Sie alle können jetzt mithelfen, dass wir diese angehen können; denn

wenn Sie jetzt dem Haushalt zustimmen, dann haben wir hier ein großes Stück Arbeit für Bayern geleistet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Körber. Bitte.

**Sebastian Körber (FDP):** Frau Staatsministerin, zwei konkrete Nachfragen. Sie haben gerade davon gesprochen und ökologisch begründet, die Außenstelle Dienst- sitz Augsburg wäre ein Vorteil, da weniger Menschen pendeln. Das würde aber be- deuten, sie hätten vorher in der Hauptstelle, sprich hier, in München, gearbeitet. Des- halb die Frage: Gibt es da Erkenntnisse, Studien oder Statistiken, dass die Menschen da gependelt sind? Warum gibt es dann keine Außenstelle in Bamberg oder in Würz- burg?

Zweite Frage. Sie haben in einem Hörfunkinterview im Bayerischen Rundfunk – der Städtetag hat Sie in seinem Informationsbrief im Oktober 2020 zitiert – gesagt, dass allein die Kommunen für den Wohnungsbau zuständig seien. Diese Aussage verwun- dert mich. Ich glaube auch, sie ist falsch. Zumindest hat Ihr Ministerium im Ausschuss schon quasi dementiert. Daher meine Rückfrage: Sind Sie nach wie vor der Meinung, dass die Förderung des Wohnungsbaus kein Landesthema ist? Und ich verbinde damit die Frage: Wie viele geförderte Wohnungen? Das ist Ihnen ja wichtig. Sie haben es "soziale Frage" genannt. Wie viele geförderte Wohnungen schaffen Sie denn kon- kret im Jahr 2020/2021? Kollege Mistol hat 79 Millionen Euro angesprochen, die die BayernHeim in Beschlag nimmt.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Die Redezeit ist zu Ende.

**Sebastian Körber (FDP):** Stimmen diese Zahlen?

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Bitte, Frau Ministerin.

**Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr):** Wir haben, wie Sie wissen, nicht nur die BayernHeim, sondern wir haben auch das Siedlungswerk Nürnberg und die Stadibau. Wir schaffen an jeder Ecke eine verschiedene Anzahl von Wohnungen. Das wissen Sie auch. Ja, wir könnten immer mehr machen. Ich habe auch nichts dagegen, mehr zu machen. Vorher ist – ich weiß nicht mehr, ob es von Ihnen war – die Frage "Rückgang des sozialen Wohnungsbaus" angesprochen worden. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Entscheidend ist "Bauen, bauen, bauen", so viel es irgend geht. Wir als Freistaat werden unserer Verantwortung gerecht, und die Kommunen werden ihr unterschiedlich gut gerecht. Das darf man auch benennen, wenn man verantwortungsvoll Politik macht, dass es Kommunen gibt, die das sehr gut machen, und andere. Sie merken das an vielen Stellen, wo Kommunen fleißig dabei sind, etwas zu machen; und es gibt die anderen. Die Kommunen haben an dieser Stelle eine mindestens so starke Aufgabe wie der Freistaat. Der Ministerpräsident hat damals zum einen den ersten Wohnungsgipfel gemacht und zum anderen bewusst dieses Ministerium geschaffen. Er hat dem Thema Wohnen einen besonderen Fokus gegeben. Das bitte ich schon allein durch diese Zusammenstellung zu sehen. Wohnen läuft nicht mehr irgendwo in einem Ministerium mit, sondern hat ein eigenes Ministerium. Die Themen "Wohnen, Bau, Verkehr" gehören zusammen. Sie wissen, dass das eine durchaus sehr kluge Entscheidung war.

(Zuruf)

Das Zweite: Sie haben zum Thema Augsburg gefragt. Wir haben, als wir in Augsburg angemietet haben, im Haus gefragt: Wer wohnt denn in der Nähe und möchte gerne in Augsburg arbeiten? –Bis jetzt sind dort ausschließlich Leute, die selbst gesagt haben, dass sie dort gerne leben würden, weil sie sich dadurch die Fahrtstrecke ersparen. Wir haben keine einzige Person dorthin versetzt. Es waren Anträge von Mitarbeitern aus dem Haus, die teilweise aus Franken oder aus Schwaben kommen und gesagt haben: Ich spare mir damit eine große Fahrstrecke. Wir haben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dadurch, dass sie vor Ort bleiben können, ein Geschenk gemacht. Sie wis-

sen, dass Augsburg in der Arbeitslosenquote immer etwas höher liegt. Deswegen ist es klug, dorthin zu gehen. Augsburg ist der richtige Ort. Ich bin sehr froh, dass wir diese Außenstelle haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 09, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13244 mit 18/13276, 18/13343 mit 18/13371, 18/13599 mit 18/13607, 18/13651 mit 18/13661, 18/13737 mit 18/13741 sowie 18/14457 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14616 zugrunde.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Öffentlicher Personennahverkehr – 365-Euro-Ticket und darüber hinaus kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket" auf Drucksache 18/13604 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Wie vorab angekündigt, hat die SPD-Fraktion hierzu namentliche Abstimmung beantragt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 22:51 bis 22:54 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Sitzung wird bis zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung von 22:55 bis 22:56 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/13604 bekannt: Mit Ja haben 22, mit Nein

77 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09 selbst. Der Einzelplan 09 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht – Drucksache 18/14616 – genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 09 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete PlenK. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 09 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 12)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungen

tungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das ist der Herr Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14616 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13737 mit 18/13741 und 18/14457 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 09 abgeschlossen.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 16: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter u. a. SPD; Haushaltsplan 2021; hier: Öffentlicher Personennahverkehr - 365-Euro-Ticket und darüber hinaus kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket (Kap. 09 06 TG 63 Tit. 633 63 u. 683 63) (Drucksache 18/13604)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus	X			<b>Fackler</b> Wolfgang		X	
<b>Adje</b> Benjamin				<b>Dr. Faltermeier</b> Hubert		X	
<b>Aigner</b> Ilse				<b>Fehlner</b> Martina			
<b>Aiwanger</b> Hubert				<b>Fischbach</b> Matthias			X
<b>Arnold</b> Horst	X			<b>Flierl</b> Alexander		X	
<b>Aures</b> Inge				<b>Flisek</b> Christian			
				<b>Franke</b> Anne			
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Freller</b> Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter				<b>Friedl</b> Hans			
<b>Bauer</b> Volker				<b>Friedl</b> Patrick	X		
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X		<b>Fuchs</b> Barbara			
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X		<b>Füracker</b> Albert		X	
<b>Bayerbach</b> Markus		X					
<b>Becher</b> Johannes	X			<b>Ganserer</b> Tessa	X		
<b>Becker</b> Barbara				<b>Gehring</b> Thomas			
<b>Beißwenger</b> Eric		X		<b>Gerlach</b> Judith			
<b>Bergmüller</b> Franz		X		<b>Gibis</b> Max			
<b>Blume</b> Markus				<b>Glauber</b> Thorsten			
<b>Böhm</b> Martin		X		<b>Gotthardt</b> Tobias		X	
<b>Bozoglu</b> Cemal				<b>Gottstein</b> Eva			
<b>Brandl</b> Alfons		X		<b>Graupner</b> Richard		X	
<b>Brannekämper</b> Robert		X		<b>Grob</b> Alfred		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		<b>Güller</b> Harald	X		
von <b>Brunn</b> Florian	X			<b>Guttenberger</b> Petra		X	
Dr. <b>Büchler</b> Markus	X						
<b>Busch</b> Michael				<b>Häusler</b> Johann		X	
				<b>Hagen</b> Martin			
<b>Celina</b> Kerstin				Prof. Dr. <b>Hahn</b> Ingo		X	
Dr. <b>Cyron</b> Anne		X		<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
				<b>Hanisch</b> Joachim			
<b>Deisenhofer</b> Maximilian				<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Demirel</b> Gülseren	X			<b>Hauber</b> Wolfgang			
<b>Dorow</b> Alex				<b>Haubrich</b> Christina			
<b>Dremel</b> Holger		X		<b>Henkel</b> Uli			
<b>Dünkel</b> Norbert		X		<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Duin</b> Albert		X		Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
				<b>Herrmann</b> Joachim			
<b>Ebner-Steiner</b> Katrin				Dr. <b>Herz</b> Leopold			
<b>Eck</b> Gerhard				Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang		X	
<b>Eibl</b> Manfred				<b>Hierneis</b> Christian			
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X		<b>Hiersemann</b> Alexandra			
<b>Eisenreich</b> Georg				<b>Hintersberger</b> Johannes			
<b>Enders</b> Susann		X		<b>Högl</b> Petra		X	
<b>Enghuber</b> Matthias		X		<b>Hofmann</b> Michael		X	
				<b>Hold</b> Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Holetschek</b> Klaus			
Dr. <b>Hopp</b> Gerhard		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
Dr. <b>Huber</b> Martin		X	
<b>Huber</b> Thomas			
<b>Huml</b> Melanie			
<b>Jäckel</b> Andreas		X	
Dr. <b>Kaltenhauser</b> Helmut			
<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Karl</b> Annette			
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Klingen</b> Christian		X	
<b>Knoblach</b> Paul	X		
<b>Köhler</b> Claudia	X		
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Körber</b> Sebastian		X	
<b>Köhler</b> Jochen			
<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Krahl</b> Andreas			
<b>Kraus</b> Nikolaus			
<b>Kreuzer</b> Thomas			
<b>Kühn</b> Harald			
<b>Kurz</b> Susanne			
<b>Ländner</b> Manfred			
<b>Lettenbauer</b> Eva	X		
<b>Löw</b> Stefan			
Dr. <b>Loibl</b> Petra		X	
<b>Ludwig</b> Rainer			
<b>Magerl</b> Roland		X	
<b>Maier</b> Christoph			
<b>Mang</b> Ferdinand		X	
<b>Mannes</b> Gerd		X	
<b>Markwort</b> Helmut			
Dr. <b>Mehring</b> Fabian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate			
<b>Miskowitsch</b> Benjamin		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Mittag</b> Martin			
<b>Monatzeder</b> Hep			
Dr. <b>Müller</b> Ralph			
<b>Müller</b> Ruth			
<b>Muthmann</b> Alexander		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
Dr. <b>Oetzinger</b> Stephan		X	
<b>Osgyan</b> Verena			
<b>Pargent</b> Tim			
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael			
<b>Pittner</b> Gerald		X	
<b>Plenk</b> Markus		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Pschierer</b> Franz Josef			
<b>Radler</b> Kerstin		X	
<b>Radlmeier</b> Helmut		X	
<b>Rauscher</b> Doris	X		
<b>Regitz</b> Barbara		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz			
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin			
<b>Sandt</b> Julika			
<b>Sauter</b> Alfred			
<b>Schalk</b> Andreas			
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Schiffers</b> Jan			
<b>Schmid</b> Josef		X	
<b>Schmidt</b> Gabi		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer</b> Angelika			
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja			
<b>Schreyer</b> Kerstin		X	
<b>Schuberl</b> Toni			
<b>Schuhknecht</b> Stephanie			
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schuster</b> Stefan			
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
<b>Schwamberger</b> Anna			
Dr. <b>Schwartz</b> Harald			
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Seidl</b> Josef			
<b>Sengl</b> Gisela			
<b>Sibler</b> Bernd			
<b>Siekmann</b> Florian			
<b>Singer</b> Ulrich		X	
<b>Skutella</b> Christoph		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sowa</b> Ursula			
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
Dr. <b>Spitzer</b> Dominik		X	
<b>Stachowitz</b> Diana			
<b>Stadler</b> Ralf		X	
<b>Steinberger</b> Rosi	X		
<b>Steiner</b> Klaus			
<b>Stierstorfer</b> Sylvia			
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Stolz</b> Anna			
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Stümpfig</b> Martin			
<b>Swoboda</b> Raimund			
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Taubeneder</b> Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Tomaschko</b> Peter			
<b>Trautner</b> Carolina			
<b>Triebel</b> Gabriele	X		
<b>Urban</b> Hans			
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Waldmann</b> Ruth			
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland			
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Winhart</b> Andreas		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
<b>Zwanziger</b> Christian			
<b>Gesamtsumme</b>	22	77	1

## Mitteilung

### des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 16

#### **Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 09**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände  
(Kap. 09 01 Tit. 511 01)  
Drs. 18/13244
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Geschäftsbedarf, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände der Bibliothek  
(Kap. 09 01 Tit. 511 02)  
Drs. 18/13245
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Haltung von Dienstfahrzeugen  
(Kap. 09 01 Tit. 514 01)  
Drs. 18/13246
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume  
(Kap. 09 01 Tit. 517 01)  
Drs. 18/13247
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft  
(Kap. 09 01 Tit. 517 05)  
Drs. 18/13248

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume  
(Kap. 09 01 Tit. 518 01)  
Drs. 18/13249
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen  
(Kap. 09 01 Tit. 527 01)  
Drs. 18/13250
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Veröffentlichungen  
(Kap. 09 01 Tit. 531 21)  
Drs. 18/13251
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Vermischte Verwaltungsausgaben  
(Kap. 09 01 Tit. 546 49)  
Drs. 18/13252
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen  
(Kap. 09 01 Tit. 812 01)  
Drs. 18/13253
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände sowie sonstige Verwaltungskosten  
(Kap. 09 02 Tit. 511 01)  
Drs. 18/13254
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Reisekostenvergütungen  
(Kap. 09 02 Tit. 527 86)  
Drs. 18/13255

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Fachveröffentlichungen  
(Kap. 09 02 Tit. 531 11)  
Drs. 18/13256
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen  
(Kap. 09 02 Tit. 532 11)  
Drs. 18/13257
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Ausgaben im Rahmen des Fachcontrollings  
(Kap. 09 03 Tit. 526 11)  
Drs. 18/13258
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen  
(Kap. 09 03 Tit. 533 01)  
Drs. 18/13259
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuschüsse zur Förderung von besonderen Planungsleistungen im Bereich BIM sowie Zuschüsse an das „BIM Cluster Bayern“  
(Kap. 09 03 Tit. 686 70)  
Drs. 18/13260
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden  
(Kap. 09 03 Tit. 701 61)  
Drs. 18/13261
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands  
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)  
Drs. 18/13262

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuschüsse zur Einführung der digitalen Baugenehmigung  
(Kap. 09 03 Tit. 883 70)  
Drs. 18/13263
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuschüsse für das Baukindergeld BayernPlus  
(Kap. 09 04 Tit. 893 05)  
Drs. 18/13264
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Leistungen an Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets  
(Kap. 09 06 Tit. 683 63)  
Drs. 18/13265
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets  
(Kap. 09 06 Tit. 633 63)  
Drs. 18/13266
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Investitionshilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für ergänzende Maßnahmen des allgemeinen ÖPNV  
(Kap. 09 06 Tit. 883 60)  
Drs. 18/13267
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuschüsse für Verkehrsbetriebe, Infrastrukturunternehmen, Aufgabenträger und Verbände für Maßnahmen zur Digitalisierung und Vernetzung im Verkehr  
(Kap. 09 06 Tit. 892 70)  
Drs. 18/13268
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Investitionshilfen an kommunale und private Verkehrsunternehmen für Fahrzeuge des allgemeinen ÖPNV  
(Kap. 09 06 Tit. 893 60)  
Drs. 18/13269

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbände sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen  
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)  
Drs. 18/13270
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Beschaffung von Elektrobussen  
(Kap. 09 08 Tit. 883 03)  
Drs. 18/13271
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Park & Ride- und Bike & Ride-Anlagen  
(Kap. 09 08 Tit. 883 04)  
Drs. 18/13272
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Fahrradabstellanlagen  
(Kap. 09 08 Tit. 883 05)  
Drs. 18/13273
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für Planung und Bau von Radschnellwegen  
(Kap. 09 08 Tit. 883 07)  
Drs. 18/13274
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Kapitalzuführung an die BayernHeim GmbH  
(Kap. 09 Anlage B Tit. 831 01)  
Drs. 18/13275
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Implementierung von BIM (Building Information Modeling) im staatlichen Hochbau  
(Kap. 09 40 Tit. 812 80)  
Drs. 18/13276

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung  
(Kap. 09 02 neuer Tit.)  
Drs. 18/13343
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: BIM Cluster – Projektförderung in der Digitalisierung des Bauens  
(Kap. 09 03 Tit. 686 70)  
Drs. 18/13344
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne  
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)  
Drs. 18/13345
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Sanierung von Schwimmbädern  
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)  
Drs. 18/13346
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Wohnraumförderung aufstocken  
(Kap. 09 04 Tit. 893 05 u. Tit. 863 69)  
Drs. 18/13347
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Ländlichen Raum stärken – Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken  
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)  
Drs. 18/13348
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Förderung von Tarifstrukturmaßnahmen und nachhaltigen Angeboten im ÖPNV  
(Kap. 09 06 Tit. 663 60)  
Drs. 18/13349

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Leistungen nach § 45a PBefG an Gemeinden und Gemeindeverbände  
(Kap. 09 06 Tit. 633 65)  
Drs. 18/13350
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Leistungen nach § 45a PBefG an Sonstige  
(Kap. 09 06 Tit. 683 65)  
Drs. 18/13351
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Radverkehr: Zuschüsse, Beiträge und vertragliche Leistungen an Initiativen  
(Kap. 09 06 Tit. 686 80)  
Drs. 18/13352
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände  
(Kap. 09 06 Tit. 883 80)  
Drs. 18/13353
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuwendungen für nichtbundeseigene Eisenbahninfrastruktur  
(Kap. 09 06 Tit. 892 54)  
Drs. 18/13354
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbände sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen  
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)  
Drs. 18/13355
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: 365-Euro-Jahresticket  
(Kap. 09 06 neue TG)  
Drs. 18/13356

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Förderung von Elektrobussen  
(Kap. 09 06 neuer Tit.)  
Drs. 18/13357
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Vergabe von Leistungen zur Planung eines Radverkehrsnetzes für den Alltagsverkehr  
(Kap. 09 06 neuer Tit.)  
Drs. 18/13358
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Bau von Radschnellwegen  
(Kap. 09 06 neuer Tit.)  
Drs. 18/13359
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Park & Ride- und Bike & Ride-Anlagen  
(Kap. 09 06 neuer Tit.)  
Drs. 18/13360
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Errichtung von Fahrradabstellanlagen  
(Kap. 09 06 neuer Tit.)  
Drs. 18/13361
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Trassensicherungsverträge  
(Kap. 09 06 neuer Tit.)  
Drs. 18/13362
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Mehr Züge bestellen  
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)  
Drs. 18/13363

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Leistungen an Eisenbahninfrastrukturunternehmen für Investitionen in den barrierefreien Ausbau von Eisenbahnstationen  
(Kap. 09 07 Tit. 891 74)  
Drs. 18/13364
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Elektrifizierung des Schienenverkehrs  
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)  
Drs. 18/13365
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Streckenreaktivierungen  
(Kap. 09 07 neuer Tit.)  
Drs. 18/13366
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Keine Zuschüsse zum Ausbau des Allgäu Airports Memmingen  
(Kap. 09 09 Tit. 892 60)  
Drs. 18/13367
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen  
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)  
Drs. 18/13368
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Bau von Radwegen  
(Kap. 09 40 Tit. 770 06)  
Drs. 18/13369
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen – Staatsstraßen  
(Kap. 09 40 Tit. 773 70)  
Drs. 18/13370

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen – zentrale Sonderaufgaben des Straßenbaus sowie Telematik und Pilotprojekte im Straßenverkehr  
(Kap. 09 40 Tit. 775 70)  
Drs. 18/13371
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Inge Aures u. a. SPD  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Forschungsprojekt Bauökologie und ressourcenschonendes Bauen  
(Kap. 09 03 Tit. 547 01)  
Drs. 18/13599
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Florian Ritter u. a. SPD  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Gerade jetzt Investitionsstau stoppen: Förderung kommunaler Schwimmbäder ausbauen!  
(Kap. 09 03 Tit. 883 05)  
Drs. 18/13600
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Inge Aures u. a. SPD  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Notwendige Investitionen in den gemeinwohlorientierten Bau von Wohnraum in Bayern  
(Kap. 09 04 Tit. 863 69)  
Drs. 18/13601
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Inge Aures u. a. SPD  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Besseres Bauen nach Corona  
(Kap. 09 05 TG 91 neuer Tit.)  
Drs. 18/13602
67. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Inge Aures u. a. SPD  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Konzept für Beschäftigtenwohnungen bei allen staatlichen Gebäuden  
(Kap. 09 05 TG 91 neuer Tit.)  
Drs. 18/13603
68. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter u. a. SPD  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – 365-Euro-Ticket und darüber hinaus kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket  
(Kap. 09 06 TG 63 Tit. 633 63 u. 683 63)  
Drs. 18/13604

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter u. a.  
SPD  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Seniorinnen- und Seniorenticket  
(Kap. 09 06 neue TG)  
Drs. 18/13605
70. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian Ritter u. a.  
SPD  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Sozialticket für Bedürftige  
(Kap. 09 06 neue TG)  
Drs. 18/13606
71. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Inge Aures u. a.  
SPD  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Bayerische Eisenbahngesellschaft – BEG  
(Kap. 09 07 Tit. 683 51)  
Drs. 18/13607
72. Änderungsantrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Aufklärungsinitiative I – Sicher auf zwei Spuren – Für Transport- und Logistikunternehmen bzw. Unternehmen mit Fahrzeugpark über zehn Lkw mit mehr als 3,5 t über die Gefahren des Überholens auf zweispurigen Autobahnen  
(Kap. 09 02 neuer Tit.)  
Drs. 18/13651
73. Änderungsantrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Aufklärungsinitiative II – Sicher Abbiegen – Für Transport- und Logistikunternehmen bzw. Unternehmen mit Fahrzeugpark über zehn Lkw mit mehr als 3,5t über die Gefahren des Abbiegens für Fußgänger und Radfahrer  
(Kap. 09 02 neuer Tit.)  
Drs. 18/13652
74. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive I – Verstärkung der Mittel für Maßnahmen für energetische Sanierungen von staatlichen Gebäuden aller Einzelpläne  
(Kap. 09 03 Tit. 701 60)  
Drs. 18/13653
75. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive II – Verstärkung der Mittel für Photovoltaikanlagen auf allen staatlichen Gebäuden  
(Kap. 09 03 Tit. 701 61)  
Drs. 18/13654

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Bayerische Klimaschutzoffensive III – Verstärkung der Mittel für die Dach- und Fassadenbegrünung des staatlichen Gebäudebestands  
(Kap. 09 03 Tit. 701 62)  
Drs. 18/13655
77. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds  
(Kap. 09 04 Tit. 883 01 u. Tit. 883 11)  
Drs. 18/13656
78. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften  
(Kap. 09 04 neuer Tit.)  
Drs. 18/13657
79. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Machbarkeitsstudie zur Möglichkeit einer unterirdischen Ausführung der Verknüpfungsstelle Niederaudorf im Nordzulauf zum Brennerbasistunnel  
(Kap. 09 06 neuer Tit.)  
Drs. 18/13658
80. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Elektrobusse I – Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Beschaffung von Elektrobussen  
(Kap. 09 08 Tit. 883 03)  
Drs. 18/13659
81. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Elektrobusse II – Haushaltsvermerk  
(Kap. 09 09 TG 80)  
Drs. 18/13660
82. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)  
Haushaltsplan 2021;  
hier: Technische Ausstattung zur Befriedigung des erhöhten Digitalisierungsbedarfs in Bauämtern zur Beschleunigung und Verbesserung insbesondere von Wohnbauvorhaben  
(Kap. 09 40 neuer Tit.)  
Drs. 18/13661